Abendausgabe

Nr. 322 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 161

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 500 Mark

Donnerstag
12. Juli 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Benesch als Vermittler.

In den letzten Jahren ist der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch wiederholt als Vermittler zwischen den alliierten Regierungen aufgetreten, so während des Konflikts über das Schicksal Oberschlesiens und während der Konferenz in Genua. Dabei hat er sich eher bemüht, die englische Regierung zu der französischen Auffassung zu bekehren, als umgekehrt. Die „Erfolge" seiner Vermittlertätigkeit entsprachen auch stets dieser franzosenfreundlichen Einstellung.

Nun weilt Dr. Benesch gerade in diesen kritischen Tagen in London, nachdem er in Paris Besprechungen mit Poincaré hatte, und es steht außer Zweifel, daß er wiederum die englisch-französischen Gegensätze auszugleichen bestrebt ist. (Die Zeitungsmeldung, wonach auch Mussolini in England eingetroffen sei, scheint sich nicht zu bestätigen.) Benesch hat nicht nur mit den englischen Staatsmännern konferiert, sondern auch zahlreiche Interviews Londoner Berichterstattern gewährt, in denen er den Nutzen eines Kompromisses zwischen Baldwin und Poincaré hervorhebt. Darüber liegen folgende Drahtberichte vor:

London, 12. Juli. (WTB.) Sämtliche Blätter beschäftigen sich ausführlich mit der Anwesenheit des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch in London, der sie im Zusammenhang mit der Reparationskrise große Bedeutung beilegen.

Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette" schreibt, Dr. Benesch habe in Paris sein Bestes getan, um die starre Auffassung Poincarés zu ändern und habe sich gestern abend in London bemüht, eine Annäherung des britischen Standpunktes an den französischen zu ermöglichen.

Dem Berichterstatter des „Daily Telegraph" gegenüber erklärte Dr. Benesch, man dürfe nicht übersehen, daß der demokratische Gedanke in Deutschland immer mehr geschwächt werde und daß die Alliierten doch gerade ein Interesse an seiner Stärkung hätten. Die Tschechoslowakei betrachte jede Verstärkung der Reaktion in der europäischen Politik mit Sorge. Sie wünsche den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands; dieser könne jedoch nur durch eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems erreicht werden. Benesch betonte die Notwendigkeit des Zusammenhaltens Englands und Frankreichs, indem er erklärte, die innere Lage Deutschlands sei so schwierig geworden, daß es sich nicht erholen könne, ohne von einem geeinigten Europa unterstützt zu werden.

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus hatte ebenfalls eine Unterredung mit Dr. Benesch, der ihm u. a. erklärte, die Reparationsfrage gehe nicht nur Frankreich und England an, sondern sie berühre indirekt ganz Europa einschließlich der Tschechoslowakei. In Paris und in London habe er den aufrichtigen Wunsch festgestellt, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden und eine Regelung der Reparationsfrage zu erreichen. Im allgemeinen herrsche die Ansicht vor, daß der Wiederaufbau Europas nur durch Zusammenarbeit aller Länder erreicht werden könne. Die Tschechoslowakei wünsche aufrichtig ein Abkommen, denn sie leide genau wie England und Frankreich unter der gegenwärtigen Lage. Er glaube, daß die Alliierten zu einem Abkommen gelangen werden, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem von Deutschland.

Ob Benesch wirklich auch in Paris diesen „aufrichtigen Wunsch" festgestellt hat, muß allerdings bezweifelt werden, denn alle Erklärungen Poincarés und die Kommentare der französischen Regierungspresse sind alles eher als entgegenkommend. Da die Pariser Blätter ihre Hoffnung aus Beneschs diplomatische Arbeit in London nicht verhehlen, liegt die Befürchtung nahe, daß er seine etwaigen Erfolge lediglich auf Deutschlands Kosten erringen würde. Damit wäre aber letzten Endes weder Europa noch der Tschechoslowakei gedient. Das müßte doch selbst der tschechische Außenminister mit der Zeit erkannt haben.

Daß man in Paris und in Brüssel nicht ohne Nervosität auf die heutigen Erklärungen Baldwins — diese sollen übrigens sehr kurz sein — wartet, geht aus der etwas ungewöhnlichen Tatsache hervor, daß der französische und der belgische Vertreter in London gestern bei Curzon vorsprachen, um den voraussichtlichen Inhalt der Rede Baldwins zu erfahren.

Auch in Amerika bringt man diesen Erklärungen erhöhtes Interesse entgegen, insbesondere der englischen Absicht, eine neue Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen und ein Sachverständigengremium einzusetzen. Zeitungsmeldungen zufolge würde sich Amerika daran zunächst nichtoffiziell beteiligen können, da das Parlament, das hierüber zu entscheiden hätte, sich in Ferien befinde. Eine inoffizielle Beteiligung Amerikas erscheint jedoch sicher, falls der Plan zur Wirklichkeit wird. Reuter meldet aus New York, daß Washington Baldwins Bemühungen jedenfalls aktiv unterstützen werde.

Eine Erklärung J. H. Thomas'.

London, 12. Juli. (WTB.) Der „Daily Herald" veröffentlicht eine Zuschrift des Parlamentsmitgliedes Thomas, worin dieser sagt, die gegenwärtige Lage habe eine große Aehnlichkeit mit der im Juli 1914, nur daß sie gegenwärtig klarer sei. Die Regierung müsse zu Frankreich sagen, es habe einen Fehler gemacht und die Politik der von ihm verfolgten blinden wahnsinnigen Rache, welche zur Katastrophe führen müsse, dürfe nicht weiter fortgeführt werden. Frankreich müsse erlauben, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit von einer internationalen Körperschaft festgestellt werden und es müsse ihm die Möglichkeit gegeben werden, seine Schulden zu bezahlen.

Die „konsequenten" Radikalen.

Paris, 12. Juli. (WTB.) Der Vorstand der radikalen Partei unter Vorsitz Herriots beschloß, die der Partei angehörigen Mitglieder der Regierung, die sich seinerzeit geweigert hatten, ihre Aemter niederzulegen nicht auszuschließen. In einer Resolution wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder sich der Parteidisziplin (?) unterwerfen. Die Parteimitglieder, die augenblicklich der Regierung angehörten, seien als nicht von der Partei beauftragt anzusehen.

Vor der Räumung Konstantinopels.

Konstantinopel, 12. Juli. (WTB.). Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen veröffentlicht eine Erklärung, daß nach Ratifikation des Friedensvertrages, voraussichtlich also in sechs Wochen, die Räumung eine vollendete Tatsache sein werde. Der General fordert die Truppen zur Mäßigung und Würde in diesem schwierigen Abschnitt der Besetzung auf, damit die Türken eine gute Erinnerung an sie zurückbehielten.

Frankreich und der Orientfriede.

Paris, 12. Juli. (Eca.) In der „Liberté" stellt Bainville die These auf, daß der in den nächsten Wochen zu erwartende Abschluß der Verhandlungen von Lausanne nur dadurch möglich geworden sei, daß Frankreich in seiner Orientpolitik Zugeständnisse gemacht habe, um einen Herd von Intrigen gegen die französische Aktion im Ruhrgebiet zu unterdrücken. Bainville sieht voraus, daß in der kommenden Woche ein neuer Sturmlauf gegen die französische Politik beginnen werde, im Zusammenhang mit der Erklärung über die europäische Politik, die Baldwin am Freitag im Unterhaus abgeben wolle. Vielleicht würde man dann auch erfahren, worin die selbständige Aktion Englands bestehe, mit der man Frankreich andauernd bedrohe. Es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß weder Baldwin noch seine Kollegen sich jetzt darüber im klaren seien. Die französische Regierung ihrerseits wollte in Lausanne und auch sonst gegenüber den offenen Verschwörungen, die gegen sie in Europa angezettelt wurden, den Weg frei machen. Darum habe man das Abkommen von Washington ratifiziert und darum habe man auch in Lausanne zugunsten des Friedens Opfer gebracht. Es war notwendig, endlich einmal fertig zu werden, damit Frankreich nicht weiterhin unter der Androhung eines Abbruches der Verhandlungen steht. Die zweite Lausanner Konferenz ist unter schlechten Voraussetzungen begonnen worden. Man hätte warten müssen, bis die Ruhrfrage erledigt war, um alsdann unter günstigeren Bedingungen über den türkischen Frieden zu verhandeln. Die französischen Interessen in der Türkei haben unter dieser verkehrten Methode gelitten.

Verkehrssperre in Essen.

Essen, 12. Juli. (Mtb.) Ueber einen Teil der Stadt Essen ist die Verkehrssperre von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verhängt worden wegen eines angeblichen Angriffs auf einen französischen Eisenbahner. Weitere Sanktionen sollen in Kraft treten, wenn nicht binnen 48 Stunden der Täter ausgeliefert werde. Wegen eines angeblichen Angriffs auf eine Patrouille sind die gleichen Sanktionen über einen anderen Teil der Stadt Essen verhängt worden.

Limburg militärisch besetzt.

Limburg, 12. Juli. (WTB.) Heute früh 6 Uhr wurde laut „Nassauer Bote" Limburg, das seit 15. Mai nur für besetzt erklärt wurde, militärisch besetzt. Die Stadt wurde seitens des französischen Kommandos als französische Garnison vom 12. Juli ab erklärt. Als Kaserne haben die Franzosen das hiesige Gymnasium eingerichtet, auf dem die französische Fahne gehißt wurde. Der Schulbetrieb im Gymnasium ruht. Die Behörden sollen ihre bisherige Tätigkeit weiter ausüben, stehen aber unter französischer Gewalt. Der Post- und Telegraphenverkehr wird von den Franzosen überwacht. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr ruht zurzeit. Oberstudienrat Louis, stellvertretender Direktor des Gymnasiums, wurde verhaftet. In den Bahnhof haben die Franzosen bisher nicht eingegriffen. Die Blockstelle Rohrbach zwischen Limburg und Diez, die vorübergehend besetzt war, ist wieder freigegeben. Der Zugverkehr wird gegenwärtig noch bis Limburg geleitet.

Kein Komplott in Düsseldorf.

Paris, 11. Juli. (Eca) Das Havasbureau meldet aus Düsseldorf, daß die von einem belgischen Blatt veröffentlichte Nachricht über die Aufdeckung eines Komplottes, das dazu bestimmt gewesen sei, die Eisenbahnwerkstätten in Krefeld durch Explosion des Gasbehälters in die Luft zu sprengen, vollkommen unrichtig sei und jeder Begründung entbehre.

Schwierige Lage des Geldmarktes.

In Berliner Finanzkreisen macht sich eine gewisse Abnahme der bisherigen Nervosität bemerkbar. Im heutigen Devisenverkehr kam dies in einem gewissen Nachlassen der Kauforders zum Ausdruck. Da jedoch zwischen den bisherigen Berliner Kursen und den ausländischen Notierungen für die Mark nach wie vor eine starke Spannun besteht, bleibt die Tendenz des bisherigen Devisenmarktes zunächst fest. Der Dollarkurs war gegen 1 Uhr noch nicht festgesetzt. Die Tendenz für Effekten bleibt im allgemeinen fest, obwohl die Berufsspekulation im Hinblick auf die schwierige Lage des Geldmarktes und die bevorstehenden wichtigen politischen Ereignisse eine gewisse Zurückhaltung übt und verschiedentlich schon zu Realisationen schreitet.

Der Aufmarsch zum Bürgerkrieg.

Ein Aufruf der KPD.-Zentrale.

Die Zentrale der Kommunisten veröffentlicht in der „Roten Fahne" einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß die Ausrufung einer vom Reich losgelösten Rheinrepublik nahe sei. Die süddeutschen Faschisten wollten die Gelegenheit benutzen, um Süddeutschland gleichfalls vom Reich loszulösen. Dann heißt es weiter:

Die Aufmarschpläne der „Vaterländischen Verbände" sind bis aufs einzelne fertig. Ludendorff und Hitler haben alles vorbereitet, um gegen Sachsen und Thüringen zu marschieren. Die norddeutschen faschistischen Organisationen, die Verbände Pommerns, Oberschlesiens und Ostpreußens haben alle Vorbereitungen getroffen zur militärischen Niederwerfung von Berlin und Hamburg. In Mecklenburg, der Provinz Brandenburg, Pommern werden Reservevereine der Faschisten gebildet. An der Warthe und an der Oder sind bereits Pontons bereitgestellt zum Brückenbau für die faschistischen Stoßtrupps. Die Reichswehroffiziere bilden die Faschisten militärisch aus. Maßgebende Teile der Reichswehr arbeiten Hand in Hand mit den Faschisten. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faschisten ist die militärische Stütze der Konterrevolution, die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den Faschismus, um das Sinnesprogramm gegen das Proletariat durchzuführen.

Diese Darstellung gibt ein völlig falsches Bild der Situation und ist geeignet, die größte Verwirrung hervorzurufen. Die Faschistengefahr haben wir nie unterschätzt; was die KPD.-Zentrale über sie wirklich weiß, weiß sie jedenfalls zum größten Teil aus dem „Vorwärts". Es ist aber absoluter Unsinn, zu behaupten, der deutsche Faschismus wolle als Ganzes die Zerstörung der Reichseinheit und alle bürgerlichen Parteien seien mit ihm darin einig. Vielmehr herrscht über diese Frage im Faschismus selbst das größte Durcheinander. Seine innere Zersplitterung und die Stärke der Kräfte, die für die Erhaltung der Reichseinheit eintreten, müssen von einer vernünftigen Taktik mit in ihre Rechnung eingesetzt werden. Die Dinge so darzustellen, als sei alles — womöglich einschließlich der Sozialdemokratie — mit dem Faschismus und seinem separatistischen Flügel einig und als sei die KPD. allein berufen, die Reichseinheit zu schützen, ist ein vollkommener Blödsinn.

Von dieser unsinnigen Voraussetzung muß aber die KPD.-Zentrale ausgehen, um zu dem Resultat zu kommen, das sie für ihre Zwecke braucht. Nach langen Schimpfereien gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften faßt sie ihren Leitgedanken dahin zusammen:

Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

Wahrscheinlich war es die KPD., die den Kapp-Putsch zum Scheitern gebracht hat! Die KPD. macht alles, die KPD. weiß alles, die KPD. kommandiert alles. Jeder andere ist ein Schuft und Verräter.

Und so gibt die KPD.-Zentrale selbstherrlich ihre Befehle für den Bürgerkrieg aus.

Die Pläne der Faschisten sind bis aufs einzelne militärisch durchgearbeitet. Sie haben die Losung ausgegeben: den Bürgerkrieg auf das brutalste und gewalttätigste durchzuführen. Alle Arbeiter, die den Faschisten Widerstand leisten, wenn sie gefangen werden, sollen erschossen werden. Zur Niederwerfung der Streiks soll jeder zehnte Mann der Streikenden erschossen werden.

Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis auf die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisation an die Wand stellen.

Es ist im höchsten Grade gewissenlos und unsinnig, solche Erschießparolen auf Vorrat auszugeben. Aber hat die KPD. wenigstens die Mittel, um ihre Drohungen wahrzumachen? Gleich dahinter heißt es in dem Aufruf wörtlich:

Die faschistischen Verbände sind vollständig militärisch bewaffnet. Die Arbeiter, die heute noch keine Waffen besitzen, müssen wissen, wo und wie sie im Falle eines Angriffes sich Waffen beschaffen. In der Hauptsache wird die unbewaffnete Arbeiterschaft die schwerbewaffneten Faschisten zunächst nur durch ihre Masse erdrücken können, sich erst im offenen Kampf mit den Faschisten, durch die Eroberung der Waffen der Faschisten, so ausrüsten, daß sie ihren Sieg vorwärtstreiben können.

Das ist, auf den Faschismus angewendet, das Rezept der völkischen Propheten der sizilianischen Vesper. Man soll den Franzosen im Ruhrgebiet heimlich ihre Waffen wegnehmen und sie damit totschlagen.

Es ist ein Verbrechen und heißt geradezu den Faschismus zum Losschlagen ermuntern, wenn man so tut, als ob der Faschismus allein über Waffen verfügte. Glücklicherweise wissen die Faschisten sehr genau, daß sich im Falle ihres Losschlagens ein sehr großer Teil der mit Waffen ausgerüsteten Staatsbürger gegen sie wenden würde.

Es ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, das hier mit allen Mitteln der Irreführung verübt wird. Heute weiß kein Mensch, ob, wann, unter welchen Umständen und mit welchen Kräften der Faschismus losschlagen wird.

Daraus ergibt sich aber für jeden Denkenden zweierlei: erstens muß die Taktik des Abwehrkampfes nach den Umständen eingerichtet werden, man darf nicht nach einem Plan operieren, der den wirklichen Verhältnissen vielleicht gar nicht entspricht. Zweitens, man bindet es seinem Gegner nicht an die Nase, nach welchem Plan man ihn bekämpfen will. Käme es der KPD. wirklich darauf an, den Faschismus zu bekämpfen, so hätte ein Funke von Ueberlegung dazu genügt, sie erkennen zu lassen, daß ein Aufruf, wie der eben von ihnen erlassene, heller Wahnsinn ist.

Für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ergibt sich aus diesem Aufruf nur eines: nämlich, daß sie in ihrem ernsten Kampf gegen die faschistische Gefahr — und gerade im entscheidenden Augenblick — von der KPD. nichts anderes zu erwarten hat als einen niederträchtigen Angriff in den Rücken. Von ehrlichem Kameradschaftswillen, von Arbeitersolidarität, wie wir sie verstanden und noch verstehen, ist da keine Rede. Selbst der drohende Untergang Deutschlands und die Zerreißung der deutschen Arbeiterklasse wird von diesen Gehirnen nur reflektiert als eine gute Gelegenheit, gegen die politische und gewerkschaftliche Führung der Arbeiterbewegung einen Streich zu führen.

Jedem denkenden Arbeiter muß sich die Lehre dieses Aufrufs von selber aufdrängen: Wer den Faschismus wirklich bekämpfen will — los von der KPD. und hinein in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei!

Die Internationale der Antisemiten.

Der „Völkische Beobachter", das mit Hakenkreuz geschmückte Kampfblatt der nationalsozialistischen Radaubrüder, veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen einem Antisemitenhäuptling in Hagen i. W. und zwei Gesinnungsfreunden in Paris und London, der interessante Einblicke in die Psychologie und Arbeitsmethode des internationalen Antisemitismus gestattet. Der Brief des deutschen Hakenkreuzlers lautet:

Hagen, den 24. März 1923.

Herrn Urbain Gohier, Paris (VII).

Sehr geehrter Herr Gohier!

Der Hauptgrund, warum ich mich an Sie wende, ist das geradezu wahnsinnige Chaos, das — für den Kenner — seitens der internationalen Judenschaft zwischen Frankreich und Deutschland aufgerichtet wird. Die Verjudung in beiden Ländern macht unglaubliche Fortschritte, und die Knebelung in Deutschland nimmt einen derartigen Grad an, daß man fast verzweifeln möchte.

Um nun den Deutschen vor Augen zu führen, was für einen verhängnisvollen Einfluß das Judentum in Frankreich ausübt, würde ich Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet sein, wenn Sie mir eine Liste derjenigen französischen Juden übersenden wollten, die auf politischem, wirtschaftlichem, finanziellem, literarischem, journalistischem und sonstigem Gebiet Frankreich beeinflussen. Es wäre mir besonders erwünscht, wenn Sie mir vor allen Dingen auch die wichtigsten Namen derjenigen französischen Offiziere nennen wollten, die Juden sind, überhaupt alle hervortretenden Persönlichkeiten, die Juden oder mit Jüdinnen verheiratet sind. Stimmt es, daß der Präsident Poincaré mit einer Jüdin verheiratet ist? Es sollte mich freuen, von Ihnen zu hören.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

gez.: Hugo Wachenfeld.

In dem Antwortschreiben des französischen Antisemitenhäuptlings wird zunächst geklagt, daß die Juden in Frankreich übermächtig seien — bei einer Gesamtzahl von kaum 1 Proz. der Bevölkerung! — und daß die Franzosen „überall nur die Rolle der Untergeordneten" spielten. Dann werden die Ziele der französischen Antisemiten folgendermaßen formuliert:

„Die europäischen Zivilisationen und die weiße Rasse können nur durch den allgemeinen Kreuzzug gegen den gemeinsamen Feind, den Juden, gerettet werden. Die Christenheit muß sich gegen den Juden wieder zusammenfinden, so wie sie sich zur Zeit der Kreuzzüge gegen den Sarazenen zusammengetan hat. Nur durch einen gemeinsamen Haß in einem gemeinsamen Krieg gegen denselben Feind können die weißen Völker sich wieder aussöhnen."

Auf eine ähnliche Anfrage des Hagener Antisemiten antwortet der Schriftwart der antisemitischen Vereinigung „The Britons" in London, daß auch England völlig von den Juden beherrscht werde und daß sich die Welt jetzt „unter den Absätzen unserer asiatischen Eroberer" befinde:

„Sie werden sich freuen, zu hören, daß ein Einverständnis unter den verschiedenen weißen Rassen zustande gekommen ist, und die Juden werden, das wird nicht mehr lange dauern, einen Schlag bekommen, der sie ein bißchen überraschen wird. Die Politik, die angenommen werden muß ist die: Die Juden aus Europa hinauszuwerfen, und ein Einverständnis zwischen den arischen Rassen herbeizuführen. Mit dieser Politik, dessen sind wir sicher, werden Sie übereinstimmen."

Der „Völkische Beobachter" beeilt sich, sein Einverständnis mit dem ersten — pogromistischen — Teil dieses Programms auszudrücken. Denn für die Dummen im Lande gibt es nichts Einfacheres als die Vorstellung, durch einen „Kreuzzug" gegen die Juden (die in den westeuropäischen Ländern nicht mehr als 1 Proz. der Bevölkerung ausmachen) aller Not ein Ende zu setzen. Etwas heikler ist das Problem, wie nach der Vertreibung der Juden ein „Einverständnis zwischen den arischen Rassen" herbeigeführt werden soll. Doch auch dann hat der „Völkische Beobachter" einen Trost:

„Wenn dann noch Feindlichkeiten zwischen Deutschen und Franzosen bestehen sollten, so würden wenigstens beide Teile wirklich für ihr Volk kämpfen und nicht für die jüdischen Börsenbanditen."

Also Kampf und Krieg auf jeden Fall! Was werden dazu die Freunde der deutschen Hakenkreuzler in London und Paris sagen?

Hauschristen bei reichen Juden.

Aus dem Buche der ungarischen Konterrevolution.

Die Untersuchung in der Angelegenheit des versuchten Bombenattentats im „Klubcafé" in Budapest hat geendet wie bisher alle ähnlichen Unternehmungen der ungarischen Polizei: die verhafteten Mitglieder der Organisation der „Erwachenden Ungarn" wurden aus der Haft entlassen und die Untersuchung ist bei dem bekannten toten Punkt angelangt. In der Nationalversammlung haben die oppositionellen Abgeordneten offen ausgesprochen, daß eine „geheimnisvolle Hand" alle diese Untersuchungen niederschlägt, und gegen die Macht dieser Hand, die wohl die des Reichsverwesers Horthy sein dürfte, kann keine Macht aufkommen. Einige unreife jugendliche Arbeiter haben lithographierte kommunistische Flugblätter verteilt; sie wurden zu 127 Jahren schweren Kerkers verurteilt von denselben Behörden, die die Bombenwerfer nicht ausforschen und die Mörder nicht verurteilen können.

Sehr lustig ist, wie die Wiener „Arbeiterzeitung" mitteilt, die Begründung, mit der unter anderem die Polizei die Haftentlassung der „Erwachenden Ungarn" der Oeffentlichkeit mitteilt: die Mörder Rumboldt, Illy, Sefevits und andere sind seit längerer Zeit bei jüdischen Firmen angestellt und ihre Chefs haben bei der Polizei ausgesagt, daß die antisemitischen Herren Raubmörder ihren Bureaupflichten tadellos nachkommen. Diese Tatsache zeigt eigentlich die Verbindung der „Erwachenden" und der jüdischen Kapitalisten. Die reichen Juden von Budapest wurden früher ununterbrochen durch die Emissäre der „Erwachenden" gebrandmarkt und die Erpressungen nahmen kein Ende. Nun sind die Bankdirektoren und Großkaufleute auf den Gedanken verfallen, sich einen dieser Bravos gleichsam als Blitzableiter zu mieten, und durch die Fütterung eines einzigen können sie sich die ganze Bande vom Halse schaffen. So endet der christliche Kurs in Horthy-Ungarn mit der Einführung der Institution des Hauschristen bei den reichen Juden, die es sich leisten können.

Das deutsche Turnfest in München.

München, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der gewaltige Andrang zum Deutschen Turnfest — es sind 178 000 offizielle Teilnehmer gemeldet — gibt bereits Anlaß zu Gerüchten über bevorstehende Unruhen. Ihre Hauptnahrung erhalten die Putschgerüchte durch die verabredete Massenbeteiligung der Hitler-Partei, die nach einer Bekanntmachung im „Völkischen Beobachter" ihre Parteigenossen aus Deutschösterreich und der Tschechoslowakei zu Tausenden und aber Tausenden erwartet. Die Polizei hat, wie es heißt, ihre Maßnahmen bereits getroffen, u. a. ihren Münchener Bestand durch etwa 300 Landespolizisten aus anderen Städten Bayerns verstärkt. Die Behörden glauben, allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Die Ordnungsbestimmungen der Polizeidirektion München, über die wir bereits kurz berichteten, lassen durch die vielerlei Unklarheiten der polizeilichen Willkür Tür und Tor offen, so daß Reibungen mit der Bevölkerung wohl kaum vermieden werden können. Eine objektive Durchführung dieser Bestimmung würde eine Ausschaltung des Hakenkreuzes bedeuten. Ob sich Hitler das gefallen lassen wird, wird auf Grund der Erfahrungen in Bayern mit Recht bezweifelt.

Bayern gegen die Devisenverordnung.

München, 12. Juli. (TU.) Gestern hat unter Teilnahme des bayerischen Handelsministers eine Beratung der Handelskammern, der Vertreter des bayerischen Industriellenverbandes, des Großhandels und des Lebensmittelgroßhandels stattgefunden, in der die sofortige Aufhebung der Einheitskursfestsetzung und der auf der Spitze getriebenen künstlichen Regelung des Devisenverkehrs gefordert wird.

Bayerischer Separatismus.

München, 12. Juli. (TU.) Die Beamtenvereinigung der Bayerischen Volkspartei nahm eine Entschließung an, in der die Rückgabe der Verkehrsbetriebe an das bayerische Volk verlangt wird. Der Vorwurf, daß damit die deutsche Einheit gefährdet werden solle, wird mit „Entrüstung" zurückgewiesen.

Deutschnationale Rechtsprechung.

„Die Lehrer sind Volksverderber und Volksverführer."

Aus Neidenburg in Ostpreußen wird uns geschrieben: Am 24. Januar hielt der deutschnationale Agitationsredner Hoppe aus Michalken in Saberau, Kr. Neidenburg, eine öffentliche Versammlung ab. Dort erklärte er: „Die Lehrer sind nicht Volkserzieher, sondern Volksverderber und Volksverführer." Als er von dem anwesenden Lehrer Jeschke aufgefordert wurde, diese Beleidigung zurückzunehmen, erklärte er: „Ich habe nichts zurückzunehmen, sondern was ich gesagt habe, halte ich voll und ganz aufrecht." Darauf wurde von der Lehrerschaft gegen Hoppe eine Beleidigungsklage angestrengt, die am 22. Juni vor dem Amtsgericht Neidenburg zum Austrag kam. Obwohl der Anklagevertreter unter Zugrundelegung einer Gefängnisstrafe von drei Monaten Gefängnis 750 000 M. Geldstrafe beantragt hatte, sprach das Gericht den Angeklagten frei. Das Urteil hat in der gesamten Lehrerschaft ungeheure Erbitterung wachgerufen. Man darf also einem ganzen Stand dreist und öffentlich die Ehre nehmen. Die Lehrerschaft hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Gen. Köster und der „Lokalanzeiger". Der „Berl. Lokalanzeiger" hatte dieser Tage berichtet, der deutsche Gesandte in Riga, Gen. Dr. Köster, habe eine Luftfahrt veranstaltet und dazu einen diplomatischen Vertreter Frankreichs eingeladen. Wir hatten dazu festgestellt, daß es sich um eine Einladung der estnischen Regierung handelte, der Dr. Köster und der Franzose gleichmäßig gefolgt waren. Der „Lokalanzeiger" kommt jetzt auf die Angelegenheit zurück, ohne auf den Kern unserer Berichtigung einzugehen, und setzt die Angriffe auf Köster weiter fort. Wir können dazu nur bemerken, daß Köster bei der besprochenen Fahrt keine andere Rolle gespielt hat als etwa — der Vertreter des „Berl. Lokalanzeiger" bei der kürzlich von der schwedischen Regierung veranstalteten Reise durch Schweden, zu der gleichfalls auch Franzosen eingeladen waren. Ein solches Zusammentreffen mit Franzosen auf neutralem Boden ist unvermeidlich, wenn nicht der Anschein erweckt werden soll, als ob sich die Deutschen vor den Franzosen verkriechen wollten.

Zeigner bei Cuno. Der sächsische Ministerpräsident, Genosse Zeigner, weilte am Dienstag in Berlin und hatte dabei auch eine Unterredung mit Reichskanzler Cuno. Die Aussprache war jedoch vertraulich.

Riksgränsen-Narvik.

St. Lappland, Ende Juni.

Rund vierzig Stunden fährt man von Pfingsten nach Ostern, das heißt von den Fliederdolden Stockholms zu den Palmkätzchen Abiskos, aber nur wenig über eine Stunde noch, dann ist man in Weihnachten: Riksgränsen!

Riksgränsen heißt, wie Scharfsinnige ahnen, auf deutsch „Reichsgrenze" und bezeichnet in diesem Fall den Punkt, an dem sich die schwedisch-norwegische Grenze mit der Erzbahn Tornea-Narvik schneidet.

Man hätte diesem Punkt einen hochklingenden Namen geben können, aber damit hätte man die falsche Vorstellung erweckt, als ob dort eine Stadt, ein Dorf oder auch nur eine Ansiedlung läge, an der Bahn und Grenze vorbeigeführt seien. Riksgränsen ist nichts von alledem. Es ist nur eine fatale zollpolitische Notwendigkeit, ausgedrückt durch eine hölzerne Bahnhofshalle und einen Zollschuppen inmitten einer starren Felseinöde. Was darum herumliegt, gehört dazu — auch das rote Holzhäuschen, in dessen Fenster eine seltsam blasse Begonie steht.

Hier wohnt nur, wer von Stockholm und Kristiania aus hergesandt ist, um die Geschäfte der Grenzkontrolle wahrzunehmen. Was würde der wehleidige alte Ovid wohl erst angegeben haben, wenn er statt nach dem Pontus hierher verbannt worden wäre!

Trotzdem sieht keiner so aus, als ob er in seinen Mußestunden Tristia schriebe. Vor der Halle kullern Kinder mit drolligen Lappenhunden im Schnee. In der Halle ruft ein rotbäckiger Junge mit schallender Stimme Apfelsinen aus.

Das ist die interessanteste geographische Entdeckung, die ich hier oben gemacht habe: Je näher man dem Nordpol kommt, desto mehr Apfelsinen gibt es. Nordpolfahrern ist jedoch abzuraten, diesen Faktor bei ihren Vorbereitungen in Rechnung zu ziehen. Die Apfelsinen kommen nämlich mit billiger Wasser- und kurzer Eisenbahnfahrt über Narvik hier ins Land herein, darum sieht man sie hier häufiger — und in besserem Zustand — als irgendwo ganz weit im Süden, z. B. in Berlin.

Zehn Kilometer breit auf beiden Seiten der Grenze läuft die berühmte neutrale Zone, die den ewigen Frieden zwischen Schweden und Norwegen sichern soll. Man hat sie als Vorbild für Deutschland und Frankreich empfohlen, aber, im Vertrauen gesagt, ich gebe auf diese neutrale Zone (nachdem ich sie gesehen) gar nichts. Nicht durch sie wird der Friede Skandinaviens gesichert, sondern nur durch die Tatsache, daß die Schweden und die Norweger keine Idioten sind.

Die Schweden wissen z. B. ganz genau, daß sie ihre Erze besser über das norwegische Narvik als über das schwedische Tornea verfrachten, weil die Strecke kürzer ist. Und die Norweger wissen ebenso gut, daß sie dabei ein Geschäft machen, denn vom ganzen norwegischen Eisenbahnnetz ist die Strecke Riksgränsen—Narvik — die nördlichste! — die einzige, die rentiert.

Die Güter, die hier oben über die Grenze rollen, sind zu neunundneunzig Prozent Eisenerz. Touristen, die diese märchenhafte Fahrt aus den nordischen Bergen hinab zur Atlantis erleben, sind selten.

Zwischen dürrem, kniehohem Birkengestrüpp weiden Renntiere. Alpengleich streben ungeheure weiße Zacken zum Himmel. Sturzbäche donnern in tiefe Schluchten — aber vor allen Fährlichkeiten klug behütet, gleitet die elektrische Bahn mit ihren herrlich bequemen Schlaf- und Aussichtswagen durch Tunnels und Schneeschutzhallen in weiten Serpentinen meerwärts. Schon zeigen sich unten wieder grünende Täler, in die der Atem des Ozeans belebend eindringt. Wälder an weiten Berghängen. Alm und weidendes Vieh. Sennhütten — o heiliges Land Tirol! Das ist der gute Golfstrom, der dem alten Seehund Skandinavien wohlig den Kopf kraut und sanft den Rücken streicht bis dort, wo Narvik liegt. Er zaubert einen verspäteten Alpenfrühling in diese nordische Landschaft.

Dann ein Tal, ganz tief mit tiefgrünem Wasser, ganz still, ohne Segel und Schiff. Ein Bergsee? Nein, ein Fjord. Steil fallen die Felsen ab, der größte Dampfer könnte hier ankern und von da aus seine Fahrt antreten nach Hamburg, nach New York, nach Kapstadt, rund um die ganze kleine Kugel, die wir Erde nennen, die so unbegreifliche Schönheiten birgt und auf der wir doch das große Talent haben, unglücklich zu sein.

Unten liegt, mit hellen Holzhäuschen an sonnenbeschienenen Berglehnen hinaufstrebend, Narvik. Eisfreier Hafen. Thalatta! Thalatta!

Erleichterung für die Klinikerschaft. Der Berliner Klinikerschaft ist es gelungen, in der Frage der Bezahlung der Medizinalpraktikanten ein Zugeständnis des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu erhalten. Das Ministerium hat die Charitédirektion und die Direktoren der übrigen Berliner Universitätskliniken angewiesen, den Medizinalpraktikanten an den Universitätskliniken und wissenschaftlichen medizinischen Universitätsinstituten bei nachgewiesener Bedürftigkeit freie Wohnung, wenn sie verfügbar ist, und Verpflegung, oder eines von beiden, in den Universitätskliniken zu gewähren. Ferner hat das Ministerium angeordnet, daß den Medizinalpraktikanten im Erkrankungsfalle kostenlose poliklinische Behandlung und bei stationärer Aufnahme in eine Klinik für die Dauer der Krankheit freie Behandlung und und Verpflegung gewährt wird.

„Aufmarschpläne" des Ku-Klux-Klan. Zum erstenmal wurde kürzlich in einer Versammlung zu San Antonio in Texas der Aufmarschplan zur Welteroberung durch den Ku-Klux-Klan in der Oeffentlichkeit erörtert. Der „Kaiser" des Geheimbundes, William Simmons, nahm die Gelegenheit wahr, seine Weltmachtspläne darzulegen. Nach seinen Ausführungen wird man zunächst in England den Werbefeldzug beginnen, um von hier aus dann die britischen Dominions in Angriff zu nehmen. Für später faßt man die Eroberung aller Völker englischer Zunge ins Auge, die sich endlich auf alle nordischen Völker des protestantischen Glaubensbekenntnisses erstrecken soll.

Weshalb sollen eigentlich die südlichen und die katholischen Völker von den Segnungen des Ku-Klux-Klan ausgeschlossen werden? Glaubt Kaiser Simmons etwa, daß sie für solchen Schwindel weniger empfänglich sind? Da könnte ihn Herr Mussolini eines besseren belehren.

Ausgrabung der Stadt Sauls. Die biblische Stadt Gibea, die Saul zu hoher Blüte erhob, war in ihrer Lage bisher nicht festgestellt. Erst der schwedische Archäologe Sven Linder hat auf Grund sorgsamer Untersuchungen den Ort bestimmt, und daraufhin haben die Amerikaner Ausgrabungen an dieser Stätte alttestamentlicher Kultur vorgenommen. Im neuesten Jahrgang des „Palästinajahrbuches" behandelt Linder die Lage von „Sauls Gibea", und der Leiter der amerikanischen Ausgrabungen, Dr. W. F. Albright, teilt seine Ergebnisse mit. Nach den Angaben im Alten Testament kann für die Lage nur der Ort Tell el-ful in Betracht kommen, denn der sich hier erhebende Hügel entspricht den Angaben der Bibel. Linder stellte Felsengräber an dem Hügel fest, die auf eine alte Gräberstadt hinweisen, wie sie sich in der Nähe von Städten findet. Er fand noch auf dem Hügel die Ruinen eines turmähnlichen Gebäudes, die mit einer früheren Besiedlung in Zusammenhang stehen müssen. Die Ausgrabungen, die daraufhin von dem amerikanischen archäologischen Institut in Jerusalem durchgeführt wurden, haben die Bestätigung für die Annahme des schwedischen Gelehrten gebracht.

Wie Albright mitteilt, erwies sich der Trümmerhaufen des Gipfels als aus vier übereinandergesetzten Burgen bestehend, die nicht weniger als 7 Bauperioden aufwiesen. Die erste Burg, die durch Feuer zerstört wurde, gehört in den Anfang der Richterzeit und weist eine Keramik auf, die die Merkmale der Uebergangsperiode zwischen Stein- und Bronzezeiter hat. Die zweite Burg war am sorgsamsten gebaut; sie gehört in die frühe Eisenzeit und scheint der Epoche Sauls anzugehören. Die dritte Burg stammt aus der judäischen Königszeit. Die Gebeine und Wurfsteine in den verkohlten Trümmern weisen auf eine Erstürmung durch eine feindliche Macht hin, die wahrscheinlich in den Heerscharen Sanheribs zu suchen ist. Dann lag die Burg einige Jahrhunderte in Trümmern, und die Mauern wurden bei dem Neubau nicht mehr auf der alten Linie errichtet. Als die Burg nicht mehr zu militärischen Zwecken benutzt wurde, schmiegten sich an ihren Fuß Häuser, deren Mauern sich an die Befestigung lehnten. „So zeigt dieser kleine Hügel in einer Tiefe von nur 9 Meter eine Geschichte von über 1200 Jahren, etwa von 1270 vor Chr. bis 70 nach Chr.," sagt Albright. „Wir zogen eine Anzahl Gräben quer über den ganzen Gipfel und erhielten Scherben aus allen israelitischen und jüdischen Perioden, besonders auf den nördlichen Terrassen, wo das Gibea Sauls lag."

Opfer der wilden Tiere Indiens. Nach einer amtlichen Statistik kamen in Indien im Jahre 1922 nahezu 23 000 Personen durch wilde Tiere zu Tode. Durch Biß der Schlangen allein starben fast 20 000 Menschen. Tigerbeute wurden 1500 Inder, durch Leoparden, Bären, Elefanten und andere Raubtiere wurden ebenfalls zirka 1500 Menschen umgebracht.

Parchim und der Staatsgerichtshof.

Zwölf Angeschuldigte.

Der „B. Z. am Mittag" zufolge hat der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof die Voruntersuchung in der Parchimer Feme-Mordaffäre gegen zwölf Angeschuldigte eröffnet.

Aus dieser Zahl läßt sich schließen, daß der Leipziger Richter im Gegensatz zu der Schweriner Staatsanwaltschaft, die nur sechs Verhaftungen vorgenommen hatte, auch gegen die Hintermänner und Mitwisser dieses Verbrechens vorgeht und daß die Massolle, von Harz, Fricke, von Lewis, Schmüttgens nicht so glimpflich davonkommen werden, wie wenn sie es ausschließlich mit mecklenburgischen Justizbehörden zu tun gehabt hätten.

Der Klassentod.

Eine erschütternde Statistik.

Ein altes Sprichwort sagt: „Reichtum macht nicht glücklich." So richtig das Sprichwort in gewisser Hinsicht sein mag, so sehr muß doch immer wieder beachtet werden, daß ein krasser Vermögensunterschied bei den einzelnen Klassen nicht ohne Folgen sein kann und daß sich diese Folgen vor allem in nationaler Hinsicht bemerkbar machen. Da gilt dann der Satz: „Im Klassenstaat ergreift auch der Tod Partei." Einen Beleg dafür bringt ein Aufsatz der Korrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem wir folgendes entnehmen:

Die Schweizer Professoren Alfredo Nicofort und Edgar Milhaud haben Untersuchungen über die Sterblichkeitsziffern der verschiedenen Bevölkerungsklassen angestellt. Milhaud faßte das Ergebnis seiner Nachforschungen in den Satz zusammen: „Die verschiedenen sozialen Klassen haben kein gleiches Recht in Fragen der Gesundheit und des Lebens. Sie sind auch vor dem Tode nicht gleich." Tatsächlich zeigt die von Milhaud beigefügte Statistik, daß auf 10 000 Personen im Alter von 20 und 25 Jahren entfallen: 121 Todesfälle auf selbständige Männer und Frauen, 142 Todesfälle auf Beamte und Angestellte, 148 Todesfälle auf Arbeiter und Arbeiterinnen. Scheidet man also in Reiche und Arme, so kommen 121 Todesfälle auf die Reichen, dagegen 290 Todesfälle auf die Armen.

Zu gleichen Ergebnissen gelangte auch eine Untersuchung, welche der Inspektor des Gesundheitswesens der Stadt Brüssel, Dr. Janssens, vor dem Kriege in dieser Stadt angestellt hat. Danach beträgt die Sterblichkeitsziffer: 12 auf 100 bei den Reichen, 30 auf 100 bei den Wohlhabenden, 58 auf 100 bei den Armen. Zwischen 20 und 50 Jahren starben: 19 auf 100 bei den Reichen, 34 auf 100 bei den Wohlhabenden, 47 auf 100 bei den Armen. Ungefähr dasselbe Bild zeigt die Statistik, welche die Personen von 50 und 70 Jahren umfaßt.

Eine weitere Bestätigung dieser Erscheinung liefert soeben der in Paris erscheinende „Quotidien". Dieses Blatt hat die in der Zeit von September 1922 bis März 1923 eingetretenen Todesfälle in den einzelnen Bezirken der französischen Hauptstadt zusammengezogen und errechnet, daß auf je 10 000 Einwohner entfallen: 4,36 Todesfälle im Bezirk Champs-Elysées, 4,97 Todesfälle im Bezirk Porte Dauphine. Dagegen bewegt sich die Sterblichkeitsziffer in den Arbeitervierteln durchweg auf doppelter Höhe, und in den Bezirken Santé, Belleville und Salpêtrière kommen auf 10 000 Einwohner in derselben Zeit 10,40, 11,15 bzw. 13,38 Todesfälle. Es zeigt sich also, daß die Bewohner der Arbeitervierte1 einen zwei- und dreifach höheren Tribut an den Tod zu entrichten haben als die Bewohner der Villenviertel.

Die Erklärung dieser Unterschiedlichkeit des Todes ist unschwer zu erraten. Sie liegt, neben den Berufsgefahren der Arbeiter, in der unterschiedlichen Ernährung. Das Einkommen reicht nicht aus, auf die Dauer die Kräfte zu erneuern, die der Arbeiter täglich verausgaben muß, ganz abgesehen davon, daß er von Geburt an schon körperlich gegenüber dem Kind des Reichen benachteiligt ist und nie in den Genuß jener Pflege kommt, die diesem immer zuteil wird. Zu diesen Nachteilen tritt verschärfend die Unterschiedlichkeit der Wohnung. Die meisten Arbeiter der Großstädte sind zeitlebens in dumpfe Löcher verbannt, zu denen weder Luft noch Licht Zutritt haben. So ist das unterschiedliche Sterbeverhältnis bei Reichen und Armen selbst eine nicht zu überhörende Anklage gegen den Klassenstaat. Einwandfrei geht aus der Statistik hervor, daß er keine Sparsamkeit mit dem Leben der Armen kennt und nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden täglich zwei- und dreimal so viel Arme dem Tod ausliefert als Reiche.

Es muß hervorgehoben werden, daß diese Aufzeichnungen aus Ländern mit gesunder Valuta stammen. Die Verhältnisse in Ländern mit niederbrechender Währung wie Deutschland, liegen natürlich noch viel schlimmer. Es wäre gut, ähnliche Untersuchungen auch für das Deutsche Reich aufzustellen und ihr Ergebnis in allen Amtsstuben und öffentlichen Lokalen auszuhängen. Dann würde das Märchen von den „hohen Löhen" und von der Unproduktivität des achtstündigen Arbeitstages bald verstummen, und jeder halbwegs Vernünftige müßte einsehen, daß die Wiedergesundung der Nation sehr wesentlich von der Wiederherstellung gesunder Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung abhängt.

Die tschechischen Husfeiern zu Ehren des Nationalheros und Märtyrers der Ketzerei haten riesige Teilnahme aufzuweisen. Die kirchliche Abfallbewegung ist durch die jüngsten klerikalen Uebergriffe erstarkt. Man rechnet, daß rund 1 Million Tschechen von der römisch-katholischen Kirche abfallen.

Devisenkurse.

	12. Juli		11. Juli	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	72817.50	72182.50	72817.50	73182.50
1 argentinische Papier-Peso	64438.50	64761.50	64438.50	64761.50
1 belgischer Frank	9326.50	9372.50	9326.50	9373.50
1 norwegische Krone	30324.—	30476.—	30224.—	30476.—
1 dänische Krone	32817.50	32682.50	32418.50	32681.50
1 schwedische Krone	49476.—	49728.—	49476.—	49724.—
1 finnische Mark	5162.—	5188.—	5107.—	5188.—
1 japanischer Yen	90772.50	91227.50	90677.—	91023.—
1 italienische Lire	8039.50	8080.50	8039.50	8080.50
1 Pfund Sterling	857850.—	862150.—	857850.—	862150.—
1 Dollar	**186532.—**	**187468.—**	**186532.—**	**187468.—**
1 französischer Frank	11132.—	11188.—	11132.—	11188.—
1 brasilianischer Milreis . .	19451.—	19549.—	19451.—	19549.—
1 Schweizer Frank.	32518.50	32681.50	32518.50	32681.50
1 spanische Peseta	26932.50	27067.50	26932.50	27067.50
100 österr. Kronen (abgest.) .	266.33	267.67	266.33	267.67
1 tschechische Krone	5655.50	5694.50	5665.50	5694.50
1 ungarische Krone	21.44	21.56	21.44	21.56
1 bulgarische Lewa	1675.50	1684.50	1675.50	1684.50
1 jugoslawischer Dinar . . .	1955.—	1965.—	1955.—	1965.—

Auf den Ferienspielplätzen.

Auf den 13 städtischen Außenspielplätzen ist in diesen sonnen- und hitzereichen Tagen Hochbetrieb. Seit Jahren ist ein so starker Andrang von Kindern nicht bemerkt worden. Den Hauptanlaß hierzu bieten neben der augenblicklich guten Witterung wohl die im Verhältnis zur Teuerung hoch anzuerkennenden Preisvergünstigungen. Das erste Kind einer Familie zahlt einschließlich Hin- und Rückfahrt für die Wochenkarte 2100 M., das zweite Kind 1800 Mark; die weiteren Kinder einer Familie sind frei. Die Tageskarte kostet für das erste Kind 500 M., für das zweite 400 M. Dafür wird gewährt morgens Milchkaffe oder Mehlsuppe, mittags ¾ bis 1 Liter tadelloses Essen (Erbsen, Reis, Bohnen, Gries, Nudeln usw), nachmittags wieder Milchkaffe und eine 150 Gramm schwere Schrippe. Das ist zu Hause schon an einem einzigen Tage für den Wochenpreis nicht zu bestreiten. Die Stadt schießt also Hunderte von Millionen zu. Die Befürchtung der Spielleiter, daß wegen der ungeheuren Unkosten die Ferienspiele noch vor Ende Juli abgebrochen werden, trifft hoffentlich nicht zu. Um die Spiele bis zum 8. August durchzuführen und die zum größten Teil unterernährten und lufthungrigen Kinder zu stärken, muß das nötige Geld unbedingt da sein. Auch außerhalb der Ernährung entstehen gewaltige, nach vielen Millionen zählende Unkosten. Geeignete Arbeitslose, die als Spielleiter mit herangezogen wurden, werden tarifmäßig hoch bezahlt und erhalten bedeutend mehr als die Oberleiter und Spielleiter aus dem Lehrerberuf. Das Heranfahren der Lebensmittel und die Reparatur von Spielgeräten kostet ebenfalls Unsummen. Auf dem idealsten Ferienspielplatz, dem im Treptower Plänterwald, sind täglich 3500 bis 4000 Kinder. Das erfordert im Küchenbetrieb, der für solchen Andrang nicht eingerichtet ist, die größten Anstrengungen, aber es hat schon in den ersten Tagen alles geklappt. Leider ist hier ein Hauptvergnügen der Kinder, das Baden in der erst im vorigen Jahre beim Eierhäuschen eingerichteten besonderen Badeanstalt, gestört. Rücksichtslose Diebe haben von den Pfeilern für mehrere Millionen Bandeisen gestohlen. Infolgedessen konnten die absperrenden Spundwände nicht eingesetzt werden. Man behilft sich einstweilen mit Stricken. Immer je 50 Kinder werden unter Aufsicht von drei Erwachsenen zum Baden geführt. Auf dem Spielplatz entfällt auf 100 Kinder eine Aufsichtsperson. Zelte dürfen aus naheliegenden Gründen nicht mehr aufgestellt werden. Auf der Freilichtbühne, von der die gesamte Epheuberankung gestohlen worden ist, wird demnächst nachmittag von 4 Uhr ab die erste Vorstellung stattfinden. Er wirken nur Kinder mit.

Raubmord in der Ahlbecker Straße.

Die Besitzerin eines Eisenplatzes tot aufgefunden.

Ein schweres Verbrechen wurde heute vormittag auf einem Alteisenplatz an der Ecke der Ahlbecker Straße und Prenzlauer Allee ausgeführt. Man fand gegen 10 Uhr die Besitzerin des Platzes, eine Frau Förster aus der Hiddenseer Straße 9, mit schweren Kopfwunden ermordet auf. Nach der Tat begab sich der Täter in die Wohnung und legte dem Hausmädchen eine Schlinge um den Hals, nachdem er das Mädchen unter der Vorgabe, etwas abholen zu müssen, sicher gemacht hatte. Das Dienstmädchen konnte sich jedoch erholen und um Hilfe rufen. Als Täter soll ein Angestellter der Ermordeten, ein Platzarbeiter L., in Frage kommen. Es fielen dem Mörder etwa 5 bis 6 Millionen bares Geld in die Hände. Der Ehemann der Frau Förster ist zurzeit verreist. Die Mordkommission befand sich bei Schluß des Blattes noch an Ort und Stelle.

*

Die 60jährige Landwirtsfrau Thiele in Stücken bei Beelitz besuchte gestern ihren Schwiegersohn, den Landwirt Dietz in Rieben bei Beelitz, um während der Erntezeit bei den Kindern zu bleiben. Gegen 11 Uhr vormittags klopfte ein Bettler an und bat um Almosen. Die gutmütige Frau gab etwas Lebensmittel und Geld. Eine Stunde später fand man Frau Thiele mit schweren Kopfwunden erwürgt am Fußboden liegen. Eine Kassette war erbrochen und die Schmucksachen daraus geraubt worden. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat sich sofort nach dem Tatort begeben.

Kolonnaden auf dem Nollendorfplatz.

Auf dem Nollendorfplatz, der zurzeit den Anblick einer Wüstenei bildet, sollen, da die Untertunnelungen des Platzes angeblich eine gärtnerische Bepflanzung nicht zulassen, Kolonnaden mit Verkaufsständen errichtet werden. In der gestrigen Schöneberger Bezirksversammlung wurde der Plan erörtert und schließlich in zustimmendem Sinne erledigt. 50 Proz. des Ertrages aus der Vermietung der Verkaufsstände — das Projekt soll von einem Konsortium ausgeführt werden — sollen der Stadt zufließen. Ein Vierzehnerausschuß wurde mit der Prüfung des endgültigen Projektes beauftragt.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Oeffentlichkeit etwas Näheres über die Pläne erfährt.

Die Abfindung der Kriegsbeschädigten.

Man schreibt uns:

Das neue Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte ist mit 1. Juli d. J. in Kraft getreten. Alle bis zu 20 Proz. in ihrer Erwerbstätigkeit geminderten Beschädigten werden danach mit einer Summe von 600 000 M. „abgefunden", ganz abgesehen davon, ob laufende Rente noch auf Jahre hinaus anerkannt war oder nicht und ob deren eigener Wunsch die Abfindung erheischt. Wie dem auch sei, und obwohl deren Bezüge seit Februar dieses Jahres weder erhöht noch ihnen Teuerungszuschläge gewährt werden, so erscheint es doch dringend ratsam, daß den in Frage kommenden die zugestandene „einmalige Abfindung" bei der heutigen rapiden Geldentwertung auf dem schnellsten Wege zugeht; nur so kann der Betrag diesen Beschädigten noch einen kleinen Vorteil bieten, wenn schon von einer Härte keine Rede sein soll. Man scheint es aber nicht allzu eilig zu haben, denn dafür spricht die Tatsache, daß einer großen Anzahl bereits am 30. Juni die Summe avisiert wurde, d. h. bis jetzt aber erst vereinzelt Zahlungen ergangen sind.

Es erscheint ratsam, den Abbau der Beamtenschaft noch auf einige Zeit einzudämmen. Im Interesse jener Kriegsbeschädigten aber trage man Sorge, daß diese wenigstens mit den ihnen nun schon zustehenden Geldern noch etwas beginnen können!

Der Niederbarnimer Mietertag.

Der erste Mietertag des im Frühjahr dieses Jahres gegründeten Kreisverbandes der Mietervereine des Kreises Niederbarnim wurde in Bernau abgehalten. Der Leiter der Verhandlungen, Herr Hans Krieger aus Hohenneuendorf, erstattete einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses. Daraus ist zu entnehmen, daß tüchtig gearbeitet worden ist, denn fast alle Mietervereine hätten sich dem Kreisverband angeschlossen. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Der heute, am 8. Juli 1923, in Bernau stattfindende Bezirksverbandstag der Mieterorganisationen im Kreise Niederbarnim erklärt, daß das am 1. Oktober 1923 in Kraft tretende Mieterschutzgesetz nicht Verbesserungen, sondern Verschlechterungen für die Mieter bringt. Der Verbandstag beauftragt seine Vertreter, alles aufzubieten, daß die preußische Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz die Lage der Mieter nicht noch mehr verschlechtert, sondern daß alles getan wird, um zugunsten der Mieter das Beste herauszuholen." — Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußten die noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte zurückgestellt werden. Die nächste Versammlung soll am Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags ½6 Uhr, in Berlin stattfinden. Es soll versucht werden, für diese Versammlung einen Sitzungssaal im Landratsamt zu erhalten. Auf der Tagesordnung stehen: Wahl des Bezirksvorstandes, Wahl der Mietschöffen, das Festsetzungsverfahren der Höchstmieten im Kreise Niederbarnim, das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern.

Neue Bäderpreise.

Der Ausschuß zur Festsetzung der Bäderpreise hat in einer seiner letzten Sitzungen folgende erneute Festsetzung getroffen: Infolge weiterer Steigerung der Teuerungsziffer werden die Benutzungsgebühren in den städtischen Badeanstalten mit Wirkung vom 10. Juli 1923 ab erneut wie folgt festgesetzt:

	vom 10. Juli ab	vom 16. Juli ab
1 Wannenbad	4500 M.	6000 M.
1 Brausebad für Erwachsene . .	2000 „	2800 „
1 „ „ Studierende, Pflichtfortbildungsschüler u. Schüler höh. Lehranstalten	1000 „	1500 „
1 Brausebad für Kinder . . .	600 „	800 „
1 Schwimmbad für Erwachsene .	3000 „	4000 „
1 „ „ Studierende, Pflichtfortbildungsschüler u. Schüler höh. Lehranstalten	1800 „	2400 „
1 Schwimmbad für Kinder . .	1000 „	1200 „
1 „ „ Schulkinder bei klassenweisem Besuch . .	300 „	400 „
An den Uebungsabenden der Schwimmvereine zahlen		
Erwachsene über 18 Jahre . . .	1800 „	2400 „
Jugendl., Lehrl. usw. bis 18 Jahre	1200 „	1800 „
Kinder bis zu 14 Jahren . . .	800 „	1000 „

Schwimmhallenmiete bei Schwimmfesten Sonnabends große Halle 300 000 M., kleine Halle 250 000 M., desgl. Sonntags große Halle 1 000 000 M., kleine Halle 800 000 M. für jede weitere Stunde, Sonnabends über 3 Stunden hinaus große Halle 100 000 M., kleine Halle 75 000 M.; Sonntags über 6 Stunden hinaus große Halle 200 000 M., kleine Halle 150 000 M. Schwimmunterricht — ohne Bad — für Erwachsene 20 000 M., für Kinder bis zu 14 Jahren 6000 M., für Wäscheaufbewahrung monatlich 5000 M., Leihgebühr für Badewäsche: für einen Badeanzug oder ein Badetuch 2500 M., für ein Handtuch oder eine Badehose 1000 M. Flußbad für Erwachsene einschließlich Umkleidezelle 1000 M., ohne Umkleidezelle 500 M., für Kinder 100 M. Die sonstigen Bestimmungen behalten weiter Gültigkeit.

Verhaftungen internationaler Scheckfälscher.

In der Angelegenheit der internationalen Traveller-Scheckfälschergesellschaft und Taschendiebesbande, über die wir kürzlich berichteten, sind weitere aufsehenerregende Verhaftungen erfolgt. Die um Riesenbeträge geschädigte American Expreß Co. hatte zahlreiche amerikanische Detektive nach Europa geschickt, die in Warschau, Paris, Berlin, Genua und London eine intensive Tätigkeit entfaltet haben. Schon in der Verhandlung gegen den zu acht Jahren Zuchthaus verurteilten Blinbaum aus Warschau wurden der Kaufmann Josef Koppelmann und der Pfandleiher Felix Gantz als Teilnehmer dieser Bande genannt. Auf Grund von Paßbildern war es gelungen, Koppelmann in Paris festzunehmen. Den amerikanischen Detektiven gelang es auch, die Auslieferungsverhandlungen derart zu beschleunigen, daß Koppelmann alsbald nach Berlin ausgeliefert werden wird. Bei der Gegenüberstellung mit Blinbaum hatte dieser aber erklärt, daß er Koppelmann nicht kenne, so daß Koppelmann mit einer geringen Kaution von nur 500 000 M. aus der Haft entlassen wurde. Auf Grund des neueren schweren Belastungsmaterials ist Koppelmann, nachdem sein Aufenthalt wieder ermittelt worden war, jetzt wieder verhaftet worden. Er soll derjenige sein, der bei einer Kölner Bank einen Traveller Scheck über 600 Dollar mit gefälschter Unterschrift und mit gefälschtem Paß auf den Namen Maria Blum vorgezeigt und ausgezahlt erhalten hat. Wie weiter gemeldet wird, ist auch der steckbrieflich gesuchte Pfandleiher Felix Gantz, der als das Haupt der in Berlin, Warschau, Italien und Frankreich arbeitenden Fälscherbande gesucht wurde, von den amerikanischen Detektiven in London ermittelt worden und wird demnächst ausgeliefert werden.

*

Zwei Reisescheckbücher fand ein Kellner von dem Café Josty am Potsdamer Platz und lieferte sie ab. Die Schecks sind von der American Expreß Company ausgestellt und lauten über Dollarnoten.

Unfall im Hause. Unserem in allen Gewerkschaftskreisen sehr bekannte Mitarbeiter Genossen W. Liefländer ist heute vormittag beim Betreten des Fahrstuhls zur Redaktion ein schweres Unglück zugestoßen. Er versuchte offenbar den bereits über Trittshöhe hochgegangenen Fahrstuhl noch zu erreichen und kam dabei zu Fall, wobei er einen schweren Schenkelhalsbruch erlitt. Wir wünschen unserem Mitarbeiter und alten Parteiveteranen, daß er den Unfall glücklich überwindet.

Verlängerung der Badezeit im Stadtbad Wedding. Das Stadtbad Wedding, Gerichtstr. 65/66 (2 Minuten vom Bahnhof Wedding), wird vom Freitag, den 13. Juli, ab täglich von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet. 78 Badewannen und 82 Brausezellen stehen der Bevölkerung täglich von 10 bis 8 Uhr zur Verfügung. Die Riesenschwimmhalle ist in den gleichen Tagesstunden Montags und Donnerstags für Frauen, Dienstags und Freitags für Familien und Mittwochs und Sonnabends für Männer geöffnet. Das Stadtbad Wedding wird nach den Grundsätzen der modernen Hygiene betrieben und steht unter der ständigen Aufsicht des Stadtarztes. Fortbildungsschülern, Studierenden, Jugendorganisationen und anderen Vereinen werden weitgehende Vergünstigungen zuteil. Im Interesse der Volksgesundheit wird die ausgiebige Benutzung dieser wertvollen Einrichtung aufs wärmste empfohlen.

Vermißt wird der 40 Jahre alte Otto Graul, der am 7. Juli früh Berlin verließ, um nach Wittenberg a. E. zu fahren. Dort ist er nicht angekommen. Der Vermißte hat über dem linken Auge eine Narbe und trug bei sich eine Uhr aus Tulasilber sowie einen Stock mit runder Krücke. Angaben werden an Frau Graul, Lützowstr. 97, Tel. Nollendorf 5092, erbeten.

Illustrierte Schüleraufsätze sind zurzeit im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, ausgestellt. Das Material stammt aus verschiedenen Gegenden Deutschlands. Es zeigt in reizvollen Beispielen, wie durch die Verbindung von Deutsch- und Zeichenunterricht der Heimatsinn belebt und die Schaffensfreude der Kinder zu oft überraschenden Leistungen angeregt werden kann. Die Ausstellung ist bis auf weiteres wochentags, außer Sonnabends, von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

General von Deimling spricht am kommenden Dienstag in einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Liga für Menschenrechte (Beethovensaal, 8 Uhr abends) über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Außer ihm nehmen in der Veranstaltung Prof. Veit Valentin und Hans Simons das Wort. Karten sind bei A. Wertheim und im Bureau der D. L. f. M. erhältlich.

Arbeitersänger des 4. Bezirks. Am Sonnabend, den 14. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lessing-Gymnasium, Pankstraße 18, ein musikpädagogischer Vortrag unseres Bezirkschormeisters statt. Gäste sind willkommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ueberwiegend heiter, am Tage sehr warm bei schwachen, vorherrschend südöstlichen Winden. Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Beendigung des Metallarbeiterstreiks.

Aus unserer chronologischen Darstellung des Verlaufs der Bewegung in der Morgenausgabe geht klar und deutlich hervor, daß die Unternehmervertreter im Verband Berliner Metallindustrieller den Streik heraufbeschworen haben. Ohne den Streik würden die Unternehmer ihrer Arbeiterschaft die Zugeständnisse nicht gemacht haben, zu denen sie sich schließlich in ihrem eigenen Interesse mit genötigt sahen. Die Unternehmer haben das nötige Augenmaß vermissen lassen. Es fehlte nicht viel und ihr schließliches Entgegenkommen kam zu spät. Sie sehen ebensowenig wie ihre Unterhändler die Notlage der einzelnen Arbeiterfamilien, die durch jedwede Lebensmittelpreissteigerung verschärft wird. Sie sehen nur Ziffern, rechnen nur mit Ziffern, sehen aber die Menschen dahinter nicht und rechnen mit ihnen nicht. Durch ein solches Verhalten wird den kommunistischen Streikspekulanten das Geschäft ungemein erleichtert, die Verbitterung wächst und die Arbeitsfreudigkeit leidet darunter.

Der Streik endet mit einem ansehnlichen Erfolg. Sollte er nicht in einen Mißerfolg umschlagen, mit einer schweren Niederlage enden, mußte er jetzt beendet werden. Jeder sich seiner Verantwortung bewußte Gewerkschaftsfunktionär muß wissen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Streik bedeutet, zumal ein Streik in der Berliner Metallindustrie, der bei längerer Dauer weitere Kreise ziehen muß. Trotzdem — wenn es durchaus nicht anders geht — wenn der Streik unvermeidlich ist — muß er unternommen werden. Allein er muß auch zur rechten Zeit wieder abgebrochen werden, wenn er seinen Zweck nicht verfehlen will. Nur wer den gewerkschaftlichen Streik zu parteipolitischen Zwecken ausschlachten will, wird seinen Aerger über die Beilegung des Streiks so schlecht verhehlen können wie die „Kapedisten", die heute in der „Roten Fahne" darüber klagen, daß „der Metallarbeiterstreik abgewürgt" worden sei.

Nach dieser Quelle haben 70 658 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Betrieben des VBMJ. für die Fortsetzung des Streiks und nur 15 664 für die Annahme der Vereinbarung gestimmt, während 1141 Stimmen ungültig waren. Uns ist darüber keine Mitteilung zugegangen, obgleich wir nichts unversucht ließen, die nötigen Nachrichten zu bekommen. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Streikleitung zumal gegenwärtig und unter so ungemein schwierigen Verhältnissen ihre Taktik nicht auf offenem Markte auskramen kann. Dennoch muß betont werden, daß eine bessere Information des „Vorwärts" in solchen Situationen unerläßlich ist, wenn sich keine Komplikationen ergeben sollen, die im Interesse der Arbeiterschaft unter allen Umständen vermieden werden müssen. Das Geschimpfe der „Roten Fahne", wie: „niederträchtige Lügenpropaganda der Urich, Ziska und Genossen", „die Dißmann, Reichelt und Genossen, sowie ihre Mameluken . . ." richtet sich von selber. Wollten die mit solchen Komplimenten bedachten Genossen nach der Pfeife der KPD.-Zentrale tanzen, dann bedeutete dies im gegebenen Falle eine Hungerkur für zehntausende Berliner Arbeiterfamilien. Den Kapedisten steht die Anerkennung aus Moskau und die Erhaltung ihres Parteiapparats höher als das Schicksal der Arbeiterfamilien.

Worauf es nunmehr ankommt, ist, den Erfolg des Metallarbeiterstreiks in der Richtung der Einführung wertbeständiger Löhne zu sichern und weiterzuführen. Dem Unternehmertum dürfte dieser Streik bewiesen haben, daß die Arbeitnehmerschaft sich nicht länger mehr mit Papiermarklöhnen abspeisen lassen kann, daß dem bisherigen auf die Dauer unhaltbaren und unerträglichen Zustande unter allen Umständen ein Ende gemacht, zur Zahlung wertbeständiger Löhne übergegangen werden muß. Die Berliner Metallarbeiterschaft hat sich mit der praktischen Verwirklichung dieses Problems durch ihren Kampf ein Verdienst um die Sache der Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmerschaft erworben.

•

Das vollständige Abstimmungsergebnis.

Das Ergebnis der Urabstimmung über den Einigungsvorschlag des Reichsarbeitsministers ist folgendes:

Abgestimmt haben 133 039; für Streik haben gestimmt 100 259, für Annahme haben gestimmt 31 609, nicht gestimmt haben 28 383, ungültig waren 1171 Stimmen. Streikleitung: Urich.

•

Die „Kreuz-Zeitung", das edle Organ der Königskreuzler mit der üblen Vergangenheit, das nach der bekannten Pause wieder „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" geht, erfrechte sich, den „Vorwärts" als „das rote Denunziantenblatt" anzupöbeln, offenbar deshalb, weil der „Vorwärts" die Schützlinge der Rechtspresse, die aktivistischen Dynamitarden und Mordgesellen ins rechte Licht setzt. Anlaß bot dem Blatt unsere Stellungnahme im Metallarbeiterstreik, die Zurückweisung der kommunistischen Generalstreik- und Weltrevolutionsstrategie. In dummdreister Manier kreidet es uns diese Stellungnahme als Selbstverhöhnung an. Das Blatt mag sich samt seinem Königkreuz-Anhang gesagt sein lassen, daß der politische Generalstreik da ist, sobald sie ihn durch ihre hochverräterischen Umtriebe gegen die republikanische Verfassung heraufbeschwören. Mit gewerkschaftlichen Lohnkämpfen aber hat das nichts zu tun.

Zum Hochseefischerstreik.

Lieber teure Fischeinfuhr als gerechte Löhne.

Man schreibt uns:

Eine Konferenz der am Streik in der Hochseefischerei beteiligten Arbeitnehmerverbände hat unter dem Vorsitz der Zentralstreikleitung und unter Beteiligung von Delegationen der in Frage kommenden Hafenorte am Sonnabend in Hamburg im Adolf-Wörmann-Hause getagt. Es wurde einstimmig beschlossen, den Streik unter Anwendung verschärfter Maßnahmen fortzusetzen. Alle gesetzlich erlaubten Mittel sollen angewandt werden, um den Kampf mit der Beibehaltung der alten Lohnsätze zu beenden. Die Fischerleute, Kapitäne, Steuerleute, Matrosen, Maschinisten usw. werden die Planken der dem Wirtschaftlichen Verbande der deutschen Hochseefischerei gehörenden Fischdampfer nicht eher betreten, bevor man darauf verzichtet, mit ihnen Lohnabbau, und sei es in noch so verklausulierter Form, spielen zu wollen.

Außerordentlich bedauerlich ist es, daß sich die Reichsregierung als unfähig erwiesen hat, den Streik durch Vermittelung zu beenden. Aus Unrecht wird durch Wiederholung kein Recht! Jedermann weiß doch ganz genau, daß es zum mindesten eine Torheit ist, zu versuchen, einen Streik zu beenden, indem man den Arbeitnehmern auferlegt, sich einen Lohnabbau gefallen zu lassen. Alle, die am Streik nicht nur beteiligt, sondern auch interessiert waren, hatten doch nun geglaubt und gehofft, nachdem das Reichsarbeitsministerium zum zweiten Male die Parteien aneinander gebracht hatte, ein Schlichtungsausschuß würde nun einen neuen Spruch fällen, der anders lautet als der erste. Denn der erste hatte ja den Streik hervorgerufen. Wir sagen alle, die am Streik beteiligt und interessiert waren, hatten die bestimmte Hoffnung gehegt, daß ein veränderter neuer Spruch den Fischerstreik beendet hätte; ja wir wissen es ganz genau, daß die übergroße Mehrheit der Fischdampferreeder gewünscht hatte, daß der Spruch anders ausgefallen wäre und durch Verkündung des alten Zustandes der so notwendige Friede im Fischereigewerbe wieder hergestellt worden wäre. Die Vertreter der Regierung haben die Situation nicht verstanden. Sie haben es auch nicht verstanden, den Geist richtig einzuschätzen, der in einem Gewerbe herrscht, dessen Angehörige in beispiellos harter und gefährlicher Arbeit in fünfzehn- bis zwanzigstündigem täglichen Dienst ihr Leben aufs Spiel setzen, um unserem deutschen Volke ein wichtiges Nahrungsmittel zu bringen. Diese Seeleute haben ein feines Gefühl, wenn man ihnen unrecht tun will, und sie begreifen nur, daß man ihnen für ihre harte Arbeit weniger Geld geben will als früher. Kein Kaufmann gibt ihnen ihre kostspielige Ausrüstung billiger als früher. Eine Fischerausrüstung, lange Seestiefel, Isländer, erstklassige Flanellwäsche, Oelzeug u. a. m. kosten Phantasiepreise. Viele Millionen gehören dazu, wenn ein Fischersmann seine notwendige Berufsausrüstung erneuern und ergänzen will. Und da faselt man, daß ein Fischer in einem Monat Millionen verdient.

Nachdem die Regierung versagt hat und scheinbar nur den Einflüsterungen des scharfmacherischen Großkapitals ein geneigtes Ohr schenkt, haben doch schon einige vernünftige Reedereien eingesehen, daß es so nicht weitergehen kann und daß man den hart arbeitenden Fischerleuten ihr Recht geben muß. In Bremerhaven und Wilhelmshaven sind mit einigen Reedereien seitens der seemännischen Organisationen Verträge abgeschlossen worden, die dem alten Tarifvertrage gegenüber, dessen Weiterbestehen ja die einzige Forderung der Streikenden ist, bedeutende Verbesserungen in der Bezahlung und in sozialen Einrichtungen aufweisen. Wenn es vielleicht auch im Interesse einer straffen Durchführung des Streiks besser wäre, keine Sonderverträge zu schließen, so ist doch der nützliche Gemeinsinn dieser vernünftigen Reedereien anzuerkennen. Unsere Fischerleute wären die letzten, die unsere Volksernährung unnötig erschweren würden. Wir wünschen nur, daß bald viele Kleinreeder zu der notwendigen Einsicht kommen und sich von den Fesseln des sogenannten „Wirtschaftlichen Verbandes der deutschen Hochseefischerei" befreien, der zwar das Beste der kleinen Reeder will — um es für sich zu behalten.

Hat die Streikleitung so eingesehen, daß nach Möglichkeit Fischdampfern in friedlichem Vertrage die Ausfahrt und Arbeit ermöglicht werden muß, so ist es etwas anderes mit der Einfuhr von Fischen durch fremde Nationen. Diese Fische können kein Volksnahrungsmittel sein, weil sich die Preise infolge der ausländischen Valuta viel zu hoch stellen, um vom Volke bezahlt werden zu können. Wir haben kein Interesse daran, daß sich Schieber für teures Geld dänische und holländische Fische leisten. Wir wissen auch ganz genau, daß die Fischgroßreeder, die ja zumeist auch Fischindustrielle und Großhändler sind, hier die Einfuhr vermitteln und ermöglichen. Also hier geht es, hier kann man exorbitant hohe Preise zahlen und noch höhere erzielen. Ganze Reihen von Waggons mit Makrelen sind in der letzten Zeit aus Dänemark nach Cuxhaven gebracht worden, um von dort als geräucherte Makrelen für Phantasiepreise ins Innenland gesandt zu werden.

Die Streikleitung behält sich hier allerdings alle geeigneten Schritte vor, um diesen Schädlingen das Handwerk zu legen, die die eigene Schiffahrt stilliegen lassen und lieber aus Profitgier dem Ausland das Geld zukommen lassen.

Und unsere tüchtige kapitalistische Regierung ist ja begreiflicherweise auf diesen Geldsackpatriotismus eingestellt — gleiche Brüder gleiche Kappen. Aber wir hoffen auch auf diese Regierung nicht mehr. Unsere Fischerleute haben einem harten Handwerk einen harten Sinn zu danken. Sie werden durchhalten bis zum gerechten Entscheid.

Die Buchbinder-Werkmeister vor dem Streik.

Nach langwierigen und vergeblichen Verhandlungen mit den Buchbindereibesitzern hatten die Buchbinderwerkmeister zum Mittwochabend eine öffentliche Versammlung einberufen, um über einen eventuellen Streik zu beschließen. Redner des Abends waren Werkmeister Arnold und Verbandsvertreter Bräunlich. Da eine Einigung mit dem Vertreter der Arbeitgeber, Herrn v. Andrian, nicht zu erreichen war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der in seinem Spruch den Werkmeistern 160 Proz. Zuschlag auf die Mailöhne für Juni bewilligte. Mit dieser Erhöhung würde sich das Juni-Gehalt für die Werkmeister auf 1 470 000 M. stellen. Dem Vertreter der Arbeitgeber war aber der im Spruch bewilligte Prozentsatz zu hoch; er wollte nur 145 Proz. bewilligen. Weiter mit den Zulagen zu gehen, sei den Betrieben, die nur wenig verdienten, nicht möglich. Der Spruch wurde dann auch von den Arbeitgebern abgelehnt. Eine folgende Verhandlung vor dem „Dem" verlief ebenfalls resultatlos. Es handle sich nun um die Frage, ob von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Gebrauch gemacht werden solle! Diese Frage wurde in der anschließenden Aussprache bejaht und dabei festgestellt, daß der Geschäftsgang in den Betrieben überwiegend recht gut sei. Ein Antrag, die Arbeitgeber, unverzüglich, und zwar ultimativ, zu einer Verhandlung aufzufordern, inzwischen aber alle erforderlichen Vorbereitungen für weitere Schritte zu treffen, fand die volle Billigung der Versammlung.

Schließlich gab die geheime Abstimmung, daß sämtliche vertretenen Betriebe für den Streik waren. Drei Stimmzettel konnten nicht mitgezählt werden, weil sie nicht korrekt ausgefüllt waren. — Hierauf wurde noch die Wahl der Streikleitung vollzogen.

Die Hetze gegen den Baugewerksbund.

Vom Baugewerksbund wird uns mitgeteilt:

„In dem Organ der Partei, die die Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation auf ihre Fahne geschrieben hat, steht heute zu lesen, daß der Kollege Hoppe vom Baugewerksbund den Kollegen Teß aus dem Bureau gewiesen hat und sogar tätlich gegen ihn vorgegangen sei. So viele Worte so viel Unwahrheit. Da der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter genau wie die KPD. ihre Zugkraft eingebüßt hat, versteckt man sich hinter allerhand Kommissionen, unter der berühmten Marke: Einheitsfront. Und da man zu den Handlangerdiensten andere Kollegen vom Baugewerksbund nicht bekommt, sieht man natürlich nach der Qualität der Kommissionsmitglieder nicht so genau hin. Zur Charakteristik des Teß sei kurz folgendes mitgeteilt: Trotzdem er das 40. Lebensjahr überschritten hat, hat er erst im Jahre 1919 den Weg zur Organisation gefunden. Nachdem im Jahre 1920 am 7. Dezember der Streik im Baugewerbe ausgebrochen war, ließ sich dieser Revolutionär in der Mitgliedsliste streichen, um jedenfalls ohne Kontrolle seine revolutionären Taten für das Unternehmertum ausführen zu können. Nachdem der Streik zu Ende war, trat er später dem Transportarbeiter-Verband bei. Am 1. Januar 1923 fand er sich wieder im Baugewerksbund ein und nach berühmter Moskauer Methode verschwieg er, daß er schon einmal Mitglied war. Wir haben von diesem Revolutionär vor ganz kurzer Zeit erst das erhöhte Eintrittsgeld mit einem gelinden Zwang einkassiert. Dieser Mann also, der in dem Streik 1920 mit dem Ausbruch desselben die Organisation verlassen hat, ist den Kommunisten jetzt recht, um den großen Revolutionär zu nehmen. Wir rufen unseren Kollegen zu: Laßt Euch nicht durch Redensarten betören und folgt nicht den Parolen jener moralisch tiefstehenden Leute. In einem aufgewühlten Meer kommt der Schlamm an die Oberfläche.

Einigung in den Wagen- und Karosseriefabriken.

In einer Versammlung der Wagen- und Karosseriearbeiter am Mittwoch bei Baeker wurde Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen genommen. Henschel vom Metallarbeiterverband und Picht vom Holzarbeiterverband berichteten. Laut Schiedsspruch erhöhen sich die Löhne des Abkommens vom 20. Juni vom 29. Juni an um 33⅓ Proz. Der so verrechnete Lohn wie die Akkordpreise erhöhen sich ab 4. bis 10. Juli um 40 Proz. und ab 11. bis 17. Juli um insgesamt 7 Proz. Die verrechneten Löhne werden auf volle 5 Mark bzw. 10 Mark nach oben aufgerundet. Diese stellen sich für die Zeit vom 11. bis 17. Juli wie folgt:

Facharbeiter von 18 bis 20 Jahren erhalten 14 920 M., im Alter von 20 bis 22 Jahren 16 550 M. und über 22 Jahre alte 17 680 M.

Hilfsarbeiter 13 475, 14 885 und 15 975 M. Arbeiter an der Bohrmaschine 13 690, 15 255 und 16 340 M.

Maschinenarbeiter 13 910, 15 575 und 16 730 M.

Arbeiterinnen 10 025 M.

Jugendliche Arbeitskräfte im Alter von 14 bis 18 Jahren 3960 bis 5210 M.

Nach der Diskussion stimmte die Mehrheit der Versammlung für die Annahme dieses Angebots.

Glaser. Für die Zeit vom 9. bis 14. Juli beträgt der Lohn für Glaser 18150 M. pro Stunde. Montag Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Victor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: Dr. John Schikowski, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Herren- Anzüge, Paletots, Schlüpfer | Damen- Paletots, Jacken, Röcke, Kleider
Regenmäntel • Strickjacken
Gute Ware, solide Preise
— große Auswahl —
M. Beiser Lothringer Straße 67

Brillanten
Platin, Gold- und Silber-Gegenstände schätzen wir kostenlos u. zahlen den höchsten Kurs.
GOLD - HODAM
Nur Linkstr. 46 Eckhaus Potsd. Str. am Potsdam. Platz

Billige Seifen v. 12 Fabriken
Seifenfabrik Dircksenstr. 20, Bhf. Alexanderpl.

Anzüge Paletots Hosen
fertig und nach Maß
Gummimäntel
Manchester-Loden
Knaben-Garderob.
Wäsche, Hüte
Gute Waren
Billige Preise
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
G. Prager
Brunnenstraße 81

Zahngebisse
auch einzelne Zähne, pro Zahn 28000, 30000, 40000 bis 350000. Pro Gebiß zahle bis 3500000.
Bei Ankauf Fahrgeldvergüt. M. 1500.—
Juwelen-Einkaufsstelle
M. Stigin, Friedrichstraße 24

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 25 000 bis 300 000 Mark.
Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißenburger Str. 32
Legitimation erforderlich.

Willst du preiswert
Hosen
kaufen, mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders, Beusselstr. 25

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covertcoats, Tuche, moderne Streifen, Voile, Musseline usw.
Kleider- u. Futter-Seiden
schwarz und farbig.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79

200000 Mark bar für Erfinder
aufklär. anregend. Gratisbroschüre d. F. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer Str. 71.

Hosen.
Beste Qualitäten.
Reiche Auswahl in Streifenhosen, Manchester-, Breeches-, engl. Leder-, Tuch- und Arbeitshosen in allen Längen und Weiten.
Münch.-Gladb. Hosenzentrale
O. 27 Blumenstr. 87
Blauer Laden.
2 Min. von der Jannowitzbrücke
Acht. Sie genau auf Hausnumm.
Fahrgeldvergütung

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 47, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 81, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 34: Carmen-Sylva-Str. 77. Gillmann.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48 und Huttenstr. 67 bei Bitterling.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bellermannstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22.
Adlershof: Frl. Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Alt-Glienicke: Stawronski, Grünauer Str. 68.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brase, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Harlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Britz-Rudow: Gehauer, Chausseestr. 32, v. 3 Tr.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 68.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Joachimi, Kaiserdamm 103, Gartenhaus 1 Tr.
Charlottenburg IV: Unfenjak, Augsburger Str. 47, Portier.
Erkner: Emil Zmang, Schornsteinfegerstr. 11.
Eichwalde: Kraeske, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Willnatt, Fredersdorf, Arndtstraße.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Plüthner, Köpenicker Str. 105.
Halensee, Grunewald, Eichkamp: Frau Noack, Klost Henriettenplatz. Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Goldbach, Niederschönhausen, Schloßallee 45.
Hennigsdorf: Frau Korbalinski, Rathenaustr. 3.
Hermsdorf: Dalin, Steinmetzstr. 1.
Hohenneuendorf: Wehlitz, Oranienburger Str. 2.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 119.
Johannisthal: Alwin Gommisch, Bismarckstr. 4.
Karlshorst: Bernd, Kiosk, Bahnhofsplatz.
Kaulsdorf: Brat, Brückenstraße 19.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 3.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Gartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 63.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenberg IV: Heymer, Röderstr. 54, Gartenhaus.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Zietenstraße 15.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 13.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Lein, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Reckestr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 49, v. 1.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 32.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 23.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 3.
Pankow: Rißmann, Mühlenstr. 70.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 38 (Laden).
Reinickendorf-West: Seidel, Scharnweberstr. 114.
Rosenthal: Heinrich Gorski, Hauptstr. 29.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 3.
Schöneberg: Leipziger Str. 27.
Senzig, Miersdorf, Wildau, Zeuthen, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Tielsch, Nonnendammallee 22 u. 2 Tr.
Spandau: Brohm, Schönwalderstr. 7, Zigarrenladen.
Staaken: Böttel, Eichenwinkel 16.
Steglitz: Frost, Düppelstr. 30.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Tegelort, Borsigwalde, Conradshöhe: Splett, Tegel, Schlieperstr. 50.
Teltow: Häsel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Waidmannslust: Rohde, Oranienburger Str. 16.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Schubert, Wilhelmsaue 27, Hof I.; Buble, Ludwigkirchplatz 9, Stl. IV.; Kaiserplatz: Tübinger Str. 4a, Keller.
Wittenau: Fibell, Hauptstr. 24.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Wehling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.